

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Adressierte 1,45 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,85 M., in den Landorten 2,20 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameseite 40 Pfg., Aushanggebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezüge unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. M. das Ausland, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 82

Dienstag, den 14. Juli 1931

33. Jahrg.

Deutsche Tageschau.

Leipzig zahlt keine Wolsfahrtsunterstützung.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig teilt mit, daß die aus der zweiten Motorordnung angeforderten Mittel noch nicht zu fließen begonnen hätten. Es bleibe nichts übrig, als alle Zahlungen zurückzustellen und nur noch die für ferge-Unterstützungen auszugeben. Auch das könne managen Mittel nicht mehr in voller Höhe gesehen. Einmalige Unterhaltungen können vorläufig überhaupt nicht mehr bewilligt werden. Auch die Auszahlung in vermindelter Höhe ist nur dann gegeben, wenn umgehend Reich oder Staat dem Bezirksverband größere Beihilfen gemäßen.

Die Vorgänge an der Münchener Universität.

Der Akademische Senat der Universität München gibt folgende Erklärung ab: Die Ermittlungen des vom Senat eingeleiteten Ausschusses haben ergeben, daß Herr Professor Ramsbach bei seinen Ausführungen in der Vorlesung am 23. Juni den Frieden von Versailles weder billigen wollte noch gebilligt hat. Die von ihm gemachte Form der Weigerung war allerdings der Würdigkeit einer Vorlesung in dieser Richtung ungewohnt. Eine eingehende Würdigung des Sachverhalts ist vom Senat auf Antrag des Ministeriums diesem vorgelegt worden.

Kommunistische Rundgebung in Köln.

Etwa zehn bis zwölf Leute erschienen vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Köln. Möglich war ein Mann, der ein Scheinbild bei sich führte, einen langgroßen Stein gegen ein Fenster des Konsulatsgebäudes, das zertrümmert wurde. Durch Glasplitter wurde ein Konsulatsbeamter leicht verletzt. Unter Anführung einer Frau rief dann die Gruppe: „Nieder mit Amerika! Gebt die Regier frei!“ Das sofort herbeigerufene Ueberfallkommando konnte keinen der Beteiligten fassen, da alle sofort die Flucht in die Altstadt ergriffen.

Arbeitszeiterhöhung in Oberschlesien.

Nachdem die ober-schlesische Metallindustrie an die Angekündigten mit dem Vorschlag der Arbeitszeiterhöhung für die Angestellten bei entsprechendem Gehaltsabzug herangetreten ist, hat jetzt auch die Metallindustrie einen ähnlichen Schritt unternommen. Wie verlautet, ist die Einführung der 40-Stunden-Woche beabsichtigt. Die Angestelltenverbände dürften einer Regelung zustimmen, wenn sich der Gehaltsabzug in mäßigen Grenzen bewegt.

Die politischen Forderungen.

England lenkt ein.

London, 12. Juli.

Der „Daily Herald“ ist offenbar mit Schreden gelehrt hat, daß seine Forderungen auf Einstellung der deutscher Kriegsschiffe und auf Verzicht der österreichisch-deutschen Zollunion die Brüning-Regierung auf schwerste Gefahren, verurteilt nun in einem Zeitartikel, sich aus der schwierigen Lage wieder herauszuwinden, ohne allerdings die Forderungen grundsätzlich aufzugeben.

Mit allem Nachdruck wolle er sagen, daß sein Vorschlag in keiner Weise die französische Forderung unterläßt, das Gegenteil sei der Fall.

Einen Versuch, die gegenwärtige Krise entweder zur Erpressung von politischen Zugagen oder zum Stillwerden von Bedingungen auszunutzen, betrachte er als abföhrlich und zwecklos.

Deutschland müsse frei von jedem Zwange sein, aber, so folgert nun der „Daily Herald“ in der betannten Art der Engländer, gerade deswegen erlaube er Deutschland, von einem der festesten Rechte der Freiheit Gebrauch zu machen und freiwillige Dienste zum Besten der Allgemeinheit zu leisten.

Sich zu weigern, ein Opfer zu bringen, sei kein Beweis politischer Freiheit, sondern ein Eingeständnis geistiger Schwäche (!). Deutschland habe jetzt Gelegenheit zu einer stolzen Geste, die sich mit seiner Stellung wohl vereinbaren lasse.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die englische Regierung nicht verabsieht, irgendwelche politischen Bedingungen zu stellen, die von Deutschland als Voraussetzung für eine finanzielle Hilfe erfüllt werden müssen.

Sie habe vielmehr, als das von anderer Seite gefordert worden sei, energig abgelehnt, wie es auch von Amerika geschehen sei.

London habe auf Berlin keinen politischen Druck ausgeübt, aber wenn Berlin aus eigenem freien Willen während des Hooverjahres gewisse Ausgaben für die Flotte und den Abschluß des österreichisch-deutschen Zollabkommens zurückstellen würde, so würde eine solche Geste willkommen geheißen werden, weil sie ein allgemeines europäisches Wohlkommen erleichtern würde.

Die Berliner Korrespondenten der Londoner Zeitungen sowie Reuter legen ausführlich die Gründe dar, die von amtlicher deutscher Seite gegeben werden, um zu beweisen, daß die Brüning-Regierung diese politischen Forderungen nicht annehmen könne.

Sie betonen durchweg, daß das den Selbstmord der deutschen Regierung bedeuten würde.

Beizeitig aber deuten sie an, daß man in Berlin nachgeben wolle. Man könne sich denken, so sagt der „Times“-Korrespondent, daß im Falle einer günstigen Entscheidung des Haager Gerichts der Vorschlag der Zollunion nicht weiter energig verfolgt werde, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Europa einen bestimmten Kurs nehme.

Pariser Presse zu Luthers Besuch.

Die Pariser Presse widmet den Besprechungen Dr. Luthers eine Aufmerksamkeit, wie nur bei ganz großen Ereignissen. Unter Ueberchriften wie „Deutschland fordert 25 bis 30 Milliarden“ oder „Dr. Luder sucht fieberhaft nach Krediten“, weisen die Blätter darauf hin, daß der Augenblick für Frankreich gekommen sei, politische Garantien von Deutschland zu verlangen.

Diese Garantien, die sich im wesentlichen auf die Einstellung des Panzerkreuzerbaues und den Verzicht auf das Zollabkommen beziehen sollen, werden vom „Paris Soir“ noch dahin erweitert, daß man von Deutschland an den Abschluß eines Offiziersvertrages verlangen müsse. Man ist in hiesigen französischen Kreisen allgemein der Auffassung, daß Fländin die Unterfertigung durch Frankreich unbedingt von diesen Garantien abhängig machen werde.

Der „Temps“ widmet der Besprechung der deutschen Finanzlage einen längeren Artikel. Er schreibt u. a.: Deutschland sei allein für seine lähmende Finanzlage verantwortlich. Es habe von jeher über keine Mittel gelobt und befände sich nun vor dem Bankrott. Ein großer Teil von Verantwortung falls aber auch den Reichsreisen in Deutschland zu, die durch ihre Propaganda jedes Vertrauen untergraben hätten. Ihr Verhalten habe dem Kredit Deutschlands in der Welt mehr geschadet, als alle auf wirtschaftlichem und logischem Gebiet begangenen Fehler.

Der „Paris Soir“ betont, daß augenblicklich ein Finanzmann im Namen des Reiches spreche. Von Dr. Brüning hänge jedoch die Antwort ab, die die französische Regierung erteilen werde.

200 Millionen Dollar aus Amerika.

Die anfänglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Federal Reserve Bank und den amerikanischen Mitgliedsbanken über die Beteiligung an dem der Reichsbank zu gewährenden Kredit sind, wie es scheint, durch ein Kompromiß beigelegt worden.

Das „Journal of Commerce“ erfährt aus auf unrichtiger Quelle, daß die Federal Reserve Bank New York sich mit einem Betrag von mehr als 200 Millionen Dollar (über 840 Millionen Mark) an einem internationalen Sechsmonatskredit beteiligen will. Die Mitgliedsbanken üben sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verpflichtet, die Dauer dieses Kredits keine Kündigung vorzunehmen.

Die Banken waren die gleiche Verpflichtung eingegangen, als die Reichsbank den hundertmillionen-Dollarkredit erhielt. Die getriggen Besprechungen der führenden New Yorker Bankiers, an denen auch Owen Young teilnahm, fanden in den Räumen der Morgan-Bank statt.

Französisches Anleihe-Bedingungen.

Aus wirtschaftlichen Kreisen, die der Bank von Frankreich nahestehen, verlautet auf das bestimmteste, daß in London und Paris folgender Plan für die finanzielle Unterstützung Deutschlands ins Auge gefaßt worden sei:

1. Bewilligung neuer kurzfristiger Kredite an die Reichsbank, um dann in der zweiten Hälfte eine gründliche Unterbindung der finanziellen Lage des Reiches durch eine Kommission des Europäischen Ausschusses vorzunehmen. Die Unterbindung soll im August eingeleitet und der Bericht dem Europa-Ausschuß im September unterbreitet werden.
2. Falls die Unterbindung zu befriedigenden Ergebnissen führt und die von den Gläubigern aufgestellten Empfehlungen vom Reich angenommen werden, soll dem Reich eine langfristige Anleihe bewilligt werden.

Schon die Bewilligung der kurzfristigen Kredite wäre natürlich an die Annahme der bekannten politischen Bedingungen geknüpft, die Dr. Luder am Sonnabendnachmittag in Berlin der Reichsregierung unterbreiten dürfte. Noch am Sonntag werde Dr. Luder die Antwort der Reichsregierung dem Gouverneur der Notenbank in Basel unterbreiten. Frankreich hat keine Beteiligung an diesem Plan von der Allianz der englischen und amerikanischen Banken abhängig gemacht.

Großes Aufsehen hat in Paris die Nachricht erregt, daß Henderson angeblich dem deutschen Botschafter in London die Forderung der Preisgabe des Zollabkommens mit Oesterreich und der Einstellung der Ersatzbauten für die alten deutschen Uinienfahrzeuge unterbreitet habe.

Wenn man schließlich sich auch sagen muß, daß ohne irgendwelche Konzeptionen an Frankreich kaum etwas erreicht werden kann, so ist doch an eine Erfüllung dieser Forderungen gar nicht zu denken. Dieser angebliche Pariser Sanierungsplan wird an zuständiger Stelle als so phantastisch bezeichnet, daß für Deutschland eine Annahme auch einzelner Abschnitte unter keinen Umständen in Frage komme. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich hier zum großen Teil um alte Bekannte handle, die schon vielfach beruflich aufgetaucht und regelmäßig auf Ablehnung gestoßen seien. Hierzu bedürfe vor allem noch der ernannte

Unterlungsausschuß des Europa-Ausschusses. Immerhin sind Illusionen in außenpolitischer Beziehung, zu denen wir ja leider vielfach neigen, gänzlich unangebracht. Wenn politische Forderungen angemeldet werden, so kommen sie jedenfalls nicht nur aus Paris, sondern auch aus London; und es ist festzustellen, daß die englische Regierung logar den Vorrat gemacht hat. Man hat sich aber in Paris und London überdies keine entsprechenden Vorstellungen über die innerpolitischen Schwierigkeiten gemacht, die dem Kabinett Brüning entstehen müßten. Wenn man also, wie vielfach erklärt, den Status quo in Deutschland erhalten sehen will, wird man die politischen Forderungen ganz erheblich zurückzuziehen müssen. Es gibt Grenzen, über die auch ein Brüning nicht hinwegzureden kann. Der Londoner Rat, daß Deutschland freiwillig Konzessionen machen möge, wirkt auch nicht überzeugend, da der Druck so stark gemordet ist, daß die Freiwilligkeit schimmer anmutet, als brutaler Zwang.

Gegen Ueberlieferungen.

Reichsbankpräsident Dr. Luder hat auf seiner Rückreise in Köln folgende Erklärung abgegeben: Ich habe während des Fluges von Paris nach Köln in einem Teil der Presse phantastische Zahlen geleitet, die ich auf Kredit- oder Anleiheausgaben in London und Paris gestützt haben soll. Die möglichen auswärtigen Verhältnisse, mit denen ich gesprochen habe, werden darüber nicht weniger erlautet gewesen sein als ich, da sie genau wissen, daß ich mich mit meinen Darlegungen in einfachen, alle Ueberlieferungen vermeidenden Gedankengängen gehalten habe, und daß ich gar nicht daran denke, einer Kreditinflation das Wort zu reden.

Worauf es für Deutschland jetzt ankommt, ist lediglich die Wiederherstellung einer festen und richtigen Grundtatsache. Die phantastischen und irreführenden Zahlen, welche dadurch entstanden zu sein, daß verheißungsvolle Lösungsvorschläge, die als reaktionelle oder prinzipielle Umschlüpfungen in einzelnen Zeitungen erschienen sind, und an deren Addition niemand in Deutschland gedacht, in einem Teil der ausländischen Presse wiederum abgedruckt sind.

Luder wieder in Berlin.

Reichsbankpräsident Dr. Luder traf im Flugzeug von Paris kommend, am 16.40 Uhr auf dem Flughafen Tempelhof ein. Das Flugzeug war gegenüber dem Flughafen um etwa eine halbe Stunde zu früh angekommen. Dr. Luder wurde auf dem Flughafen lediglich von seinem Privatsekretär empfangen und begab sich sofort im Kraftwagen zu den angelegten Ministerbesprechungen.

Ein Dementi Stimson's.

Rom, 11. Juli.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, der gegenwärtig in Rom weil, legt Wert auf die Feststellung, daß die von einer ausländischen Zeitung gebrachte Nachricht, er befürworte eine Verlängerung der Abrüstungskonferenz, ohne Grundlage entbehre. Die Regierung der Vereinigten Staaten bewillige keinen Austausch dieser Konferenz. An den Arbeiten der Konferenz werde Amerika selbstverständlich teilnehmen.

Gleichzeitig wird die amerikanische Note an den Völkertag bekannt, mit der Amerika die Einladung zur Abrüstungskonferenz offiziell angenommen hat. In dieser Note heißt es: „Die amerikanische Regierung nimmt mit großer Befriedigung die Einladung an. Sie beglückwünscht sich bei dieser Gelegenheit mit den anderen Nationen mitzuwirken an einer gemeinsamen Anstrengung, um die Drohung zu vermindern, die Last der Rüstungen zu erleichtern, die über der Welt lagern.“

Sachverständigen bereits einberufen.

London, 11. Juli.

Das britische Auswärtige Amt hat jedoch die Einladungen an die hauptsächlich am Völkertag interessierten Mächte zu der Konferenz in London genehmigt, die Freitag nächster Woche um 11 Uhr im Schaham beginnt. Die Einladungen sind an Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Deutschland ergangen. Wie weiter mitgeteilt wird, hat das britische Schaham der B33 mitgeteilt, daß es auf die am 15. Juli fällige Teilsumme der getriggen und unge-triggen Annuität verzichtet. Hiernit hat Großbritannien den Hooverplan offiziell in Kraft gesetzt.

Das Arbeitsprogramm der B33.

Babel, 11. Juli.

Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, der am Montag in Anwesenheit der Reichsbankpräsidenten Dr. Luder seine Verhandlungen be-ginnen wird, wird sich vor allem mit der Frage des Bankentstands beschäftigen. Ferner hat der Verwaltungsrat über die Schaffung eines Fonds zu beraten, aus dem bei neuen Staaten Kredite gewährt werden sollen, die durch die Anstrengung des Hoover-Plans allzu stark betroffen werden. Auch mit der Finanzlage Oesterreichs und Ungarns wird sich der Verwaltungsrat beschäftigen.

Preußischer Landtag.

Milderung der Erwerbslosigkeit. — Hilfsmaßnahmen für Unmutterkinder.

Berlin, 10. Juli

Das Haus legt die am Vortage unterbrochene Aussprache über das vom Hauptauschuß aufgestellte Programm zur Milderung der Erwerbslosigkeit und zum Arbeitslosenproblem fort. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird vor allem eine vorübergehende Verfrüherung der Arbeitszeit vorgeschlagen. Zur Arbeitsbeschaffung sollen ausreichende Mittel bereit gestellt werden, so u. a. für die Instandhaltung und Modernisierung von Kleinwohnungen und den Umbau von Großwohnungen in Kleinwohnungen und für Reparaturen und Auffrischungen, für Maßnahmen zur besonderen Förderung von Produktion und Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und für den Straßenausbau, Brückenbau und den Bau von Wasserstraßenbauprojekten.

Das Ausschußprogramm wird angenommen. Die Förderung auf Begünstigung und Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes wird dem Schluß des Jahres und der Rechten Annahme.

Das Haus berät dann den Antrag auf Zurücknahme der vom Berliner Magistrat am 1. Oktober d. Js. ausgesprochenen Rindungen gegen 1170 Jungferner, der nach längerer Debatte dem Unterrichtsaußschuß überwiegen wird.

Es folgt die Beratung eines Ausschußantrages, der zur Entlastung der leistungsschwachen Schulverbände mit Wirkung vom 1. Juli das Beschlagnahmegericht auf 3,35 und den Schulstellenbeitrag auf 314 Mark festsetzen will.

Finanzminister Dr. Hoepfer-Wilchow

legt sich mit der Behauptung auseinander, daß die Erparnisse aus der Befolgsordnung mehr dem Staat als den Gemeinden zugute kämen. Ein Rückgang auf den Betriebsfonds der Landeshauptstadt komme nicht in Frage; es werde sonst die Substanz zur Deckung laufender Ausgaben in Anspruch genommen mit dem Erfolg, daß die Stellenbesetzung 1932 wieder in die Höhe gehet werden müßten. Der Minister tritt um Ablehnung des Antrages.

Unter Ablehnung des weitergehenden deutschnationalen Antrages wird der Ausschlußentwurf nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgt die Aussprache über die Anträge des Hauptauschusses zur Befreiung von Unmutterkinder.

Nachdem die Redner fast sämtlicher Fraktionen sich für beschleunigte Durchführung der Hilfsmaßnahmen eingeleitet hatten, wurden die Ausschlußbeschlüsse bestätigt.

Ingenommen wurden noch sozialdemokratische Änderungsanträge, die die besondere Ermäßigung des Glasperlinwertgebietes und des Kreises Westde als ein vollaufberechtigter Änderungsantrag, der die besondere Ermäßigung der oberirdischen Kreise Westfalen, Doppelt und Halenberg in das Ausschlußprogramm einfügt.

Ohne Aussprache finden Anträge des Grenzschußes Annahme, weiter ein Antrag des Beamtenauschusses, bei der Ablehnung des vom Hauptauschuß angenommenen Antrages verlangt, wonach die Altersgrenze für Richter von 55 auf das 68. Lebensjahr heraufgesetzt werden sollte.

Abgelehnt wird ein kommunistischer Antrag, wonach der Kirchenaustritt für kostenlos erklärt und die Befreiung von der Kirchensteuer mit dem Zuge der Ausreisefreiung in Kraft treten sollte.

Um 13¹⁵ Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag den 13. Oktober. Der Präsident wird ermächtigt, die Tagesordnung festzusetzen.

Volksentscheid in Preußen.

Berordnung über den Volksentscheid „Landtagsauflösung“

Berlin, 12. Juli.

An der Verordnung über das Volksbegehren und zur Durchführung des Volksentscheides über die Auflösung des preussischen Landtages, der nunmehr vorliegt, und aus zwei Paragraphen besteht, wird darauf hingewiesen, daß der zur Entscheidung der Frage über die Auflösung des Landtages nach der Bestätigung des Volksentscheides, der bekanntlich aus dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtages und dem Präsidenten des Staatsrats besteht, es abgelehnt hat, den Landtag aufzulösen. Ferner wird darauf verwiesen, daß der Landtag selbst in seiner Sitzung vom 9. Juli 1931 die Auflösung abgelehnt hat. Da demnach

dem unter Führung des Stahlheer gemäß der Selbstbestimmung des Saarländers am 30. Juni 1931 rechts wirksam zustande gekommenen Volksbegehren auf Auflösung des Landtags nicht entsprochen worden sei, werde die Frage, ob der Landtag aufgelöst werden soll, nunmehr zum Volksentscheid gestellt.

„Für Freiheit, Arbeit und Brot!“

Aufruf des Stahlheer.

Berlin, 10. Juli. Die Bundesführer des Stahlheer erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Die Hoovereraktion hat ihren Zweck nicht erreicht. Sie mußte verfallen, weil Deutschland ohne eine entschlossen nationale Regierung der französischen Machtpolitik hilflos ausgeliefert ist. Nach wie vor stehen die deutschen Macht haben im Banne einer undurchführbaren Verständigungs politik mit Frankreich.“

Heute muß im Regierungslager zugegeben werden, daß wir mit wirtschaftlichen Entscheidungen nicht zu rechnen haben.

Die Folge davon muß der unaufhaltsame Verfall der Familie, die völlige Zerstückung von Eite und Religion sein. Abgesehen von der Entwürdigung ist die Sozialdemokratie, deren härteste Volkstreu Preußen heißt.

Dieses Preußen gilt es zu erobern, um das Reich zu retten!

Denn Deutschlands Rettung ist nur möglich, wenn endlich die nationale Kraftreserve des deutschen Volkes voll eingesetzt werden.

Für deutschen Burgfrieden.

Aufhebung der Industrie- und Handelskammer Berlin.

Berlin, 11. Juli.

Die Industrie- und Handelskammer Berlin veröffentlicht zum Hoovereraktion den Aufruf, der es u. a. heißt: „Nicht muß Deutschland mit voller Kraft alles tun, um endgültig zur Ordnung zu gelangen. Seine Befreiung, wie seine innere Zukunft hängen vor allem davon ab, daß der Staat, Länder und Gemeinden in Ordnung ist; daneben muß das Aeußerste geteuer, um die Gefahren, die mit der Kündigung kurzfristiger Auslandsschulden verbunden sind, zu überwinden und unseren Kredit zu festigen und zu erweitern.“

Das Hoovereraktion muß ein Joch des inneren Friedens und der Sammlung aller Kräfte sein; der jede ruhige Arbeit lähmende Kampf der Gegenseite muß verfallen vor dem Gebot der Stunde nach Schaffung des deutschen Burgfriedens. Solch Burgfrieden heißt weitgehendes Verständnis und hinderende Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen bei allen Angehörigen der Wirtschaft, den Unternehmern, den Angestellten und Arbeitern vorwärts. Auch über die eigenen Interessen, die uns neben den schwereren Schicksalsfragen geschädigt haben, müssen wir uns klar sein, wir müssen verstehen, sie in Zukunft zu vermeiden. Die deutsche Wirtschaft ist trotz der Kräfte in ihren Grundlagen gesund und stark und zum Wiederaufstieg fähig.

Deutschland kann die Weltwirtschaft in hohem Maße befruchten, wenn man ihm vom Auslande auf genügend weite Sicht die finanziellen Mittel gibt, deren es zur unentbehrlichen Bewirtschaftung seiner Wirtschaft bedarf und für die eine höchst bedeutungsvolle neue Grundlage durch das Bürgerlichsangebot unserer Wirtschaft geschaffen ist.“

Deutsche Saarforgen.

Zur Tagung des Bundes der Saar-Bereine

Die Saarfrage ist wie kaum eine andere ein Musterbeispiel für die Gegensätzlichkeit, mit der sich Verständigungs- und Befreiungsbestrebungen in der Praxis gegenüberstehen können. Die französische Regierung hat bisher nicht den Beweis erbracht, daß sie hier den einfachsten Begriffen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht Verständnis entgegenzubringen vermag. Die französischen Regierungsbereine haben sich absichtlich genau Kenntnis von den Verhältnissen, wie sie sich bei objektiver Betrachtung darstellen müssen, von den politischen, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Lasten der Saarfage, sie dulden aber aus durchsichtigen Gründen die irreführende, täuschende Propaganda, die in jeder Weise ausgenutzt ist.

Frankreich hat erreicht, daß die Saarfage nach dem

Scheitern der deutsch-französischen Saarverhandlungen im Frühjahr in den internationalen und diplomatischen Diskussionen von der Tagesordnung so gut wie gänzlich verdrängt ist. Auf Grund seiner propagandistischen Vorarbeiten ist nun Frankreich des Glaubens, daß eine Volksabstimmung im Saargebiet ein Ergebnis zeitigen werde, es ihm zuminde gestattet, im Herbst Zugeländeinführung zu können. Die Bemühungen der französischen Schule und des französischen Staatsstifts zur Ausbreitung der französischen Schulart unter der bergamündigen Saarbevölkerung lassen wohl keine andere Deutung zu.

Ein weiteres großes Kapitel in der Geschichte des Saarpromblems ist die Unzulänglichkeit des Völkerbundes, der feinerlei Anstrengungen gemacht hat, sich ein klares Bild über die Verhältnisse des Saargebietes zu schaffen. Wäre der Völkerbund entsprechend unterrichtet, müßten ihn die nachteilige Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet, die steigende Arbeitslosigkeit und die die Krisenerfahrungen nach sich ziehen mögen, doch einigermaßen bedenklich stimmen. In dieser Richtung aufzuklären zu wirken, sieden in den Aufgabekreis der Informationsabteilung des Völkerbundssekretariats.

Am 11. und 12. Juli fand in Neustadt a. d. S. die 11. Tagung des Bundes der Saarvereine statt. Bei der in ihrem Rahmen veranstalteten großen Saarfundgebung, an der unter anderem auch der Baperrische Ministerpräsident Dr. J. e. b. der Bischof von Speyer und der Präsident der protestantischen Landeskirche teilnahmen, wurde eine Entschließung gefaßt, die besagt, daß das Volk an der Saar in die Entscheidung über die deutsche, preussische und baperrische Regierung, die Rückgabe der Gruben an das Deutsche Reich, die Wiederanerkennung an das Deutsche Völkergesetz herbeiführt.

„Es erhob diese Forderungen mit gleichbedeutender Festigkeit auch heute: nicht nur als eine Wiederherstellung begangenen Unrechts, sondern auch als eine Bürgerpflicht für die Völkerverehrung, die nicht vollendet sein wird, so lange das Unrecht an der Saar andauert, und als eine Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft. Es ist überzeugt, daß sich bei gutem Willen auf der Grundlage der angeklärten Wiederherstellung des Rechtszustandes von Vorkrieges in freien Vereinbarungen eine Ordnung der wirtschaftlichen Belange erreichen läßt, die die Härten des Überganges mildert und die dem Saargebiet, Deutschland und Frankreich dauernd zum Segen gereicht.“

Betriebigung der englischen Marine.

Abbruch der Kriegsschiffe von Kiel.

Kiel, 12. Juli

Die beiden englischen Kreuzer „Dorsetshire“ und „Torolf“ haben den Kieler Hafen wieder verlassen.

Beim Auslaufen ging auf dem Flottenflaggschiff, Vizeadmiral „Schleswig-Holstein“, das Signal hoch: „An der Kreuzer „Dorsetshire“ Waren im Erdre über den Befehl, die Marineoffizianten Dürrenbrunn hieß das Signal: „Wünschen gute Reise“. Darauf antwortete der englische Admiral durch Morse: „An Admiral. Herzlichen Dank, ich scheide mit Bedauern.“

Holländischer Kriegsschiffbesuch in Travemünde.

Aus Anlaß des Offizierabtes traf im Hafen von Travemünde eine holländische Kriegsschiffdivision ein, das aus dem Panzerschiff „Jacob van Heemstraede“ sowie zwei Torpedobooten und zwei Unterseekanonen besteht.

Der Führer des Geschwaders ist der Kommandant des Panzerschiffes Kapitän j. S. Scalgone. Am Sonntabend fand auf Einladung des Lübecker Senats zu Ehren der Gäste ein Frühstück im Ratseiler statt, an dem auch der holländische Gesandte in Berlin, Graf Limbourg-Stürm, der holländische Generalkonsul in Hamburg sowie der Lübecker Ratsherr teilnahmen. Die Kriegsschiffe werden bis zum 16. Juli in Travemünde bleiben.

Franken-Prozess.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Berlin, 12. Juli

Der Prozeß gegen den braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen, der beschuldigt wird, anlässlich der Reichstagsauflösung am 13. Oktober vorigen Jahres den Reichstag unter, als sich dieser der Vorleser gegenüber bei

Dingen, beholders wenn sie durch Freiheit und Talent ausgezeichnet ist, stets den kürzesten. Es ist der immerwährende Reiz und die Schadenfreude, die den Bevorzugten treffen.

Selbst wenn Ja darum gewußt hätte, würde sie es kaum getroffen haben, denn sie gab sich ihrem Schmerz und ihrer Trauer in einer Weise hin, die ihrer gebildeten Natur geradezu widersprach.

Das hatte einen tiefen Grund: sie mußte sich die Schuld an dem frühen und plötzlichen Hinscheiden ihres Vaters bei, in der Annahme, daß die feiische Erregung, die die Auflösung ihres Verlobnisses ihm gebracht, ihm dem Tod in die Arme geführt hatte.

Die Selbstanklagen waren um so peinlicher, als sie sie still in sich verdrängen mußte, um nicht den Schmerz der gramgebeugten Mutter zu erhöhen.

Endlich hielt sie es doch nicht länger aus und vertraute sich dem alten Hausarzt, in dem sie von Kind auf einen lieben Freund und Ortel gekannt hatte, an.

Dieser nahm ihre Hand, drückte sie und ließ ihr in das blaße, schöne Gesicht.

„Daß sich die Hinterbliebenen so gern mit Selbstanklagen quälern, sich ja womöglich die Schuld an dem Tode des Dahingelebenden zuschreiben möchten! Was die Selbstpein, die nur den Schmerz vergrößert? — Ja, liebes Kind, ich kann Sie hierüber vollständig beruhigen: Eine feiische Erregung kann niemals den Tod verursachen, wo er nicht schon im Herzen liegt. Es waren einige Naturgesetze, denen Ihr Vater unterlag — sie waren late vererbte.“

„Lange vorbereitet, Ortel Hartwig?“ rief Ja daswischen, „und wir ahnten davon nichts?“

„Ihr Vater hielt keine immer häufiger wiederkehrenden Schwindelanfälle wohl sehr nicht für gefährlich — oder er — nun, er wollte nicht, daß Sie damit beunruhigt würden.“

„Der gute Vater!“

„Sie schluchzte auf, und er nahm sie in seine Arme, küßte ihr Haar und Ring, um abzulenken, an, ihr den Verlust, die Veränderung des Alters, zu erklären.“

(Fortsetzung folgt.)



Zur Höhe

Roman von Elisabeth Borchert

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Thea, die Freundin, kam täglich, um Ja Trost und Mut zuzusprechen. Sie war es auch, die die natürliche Frage zuerst aufwarf: „Warum ist dein Bräutigam nicht an deiner Seite? — Warum bist er nicht über die schwere Zeit hinweg?“

Da vertraute sich Ja der Freundin an.

„Thea war tief erschrocken und ließ kein Mittel unversucht, die „Jugendhilfe“, wie sie sie immer nannte, zu beeinflussen, sie wieder für Bruchhauen zu gewinnen. Ja blieb feil; schüttelte nur traurig den Kopf und wies nach dem Krankenzimmer des Vaters.“

„Ich hätte nicht die Kraft gehabt, zu entgehen, ich hätte nicht vergessen“, sagte Thea endlich resigniert.

„Ja letzte icher auf.“

„Vergehen kann ich auch — aber ich glaube, Thea, du würdest mir nachhelfen können, daß ich nicht kein Weib werden mag. — Die Zeit wird die Wunde heilen, wenn mir nur der Vater erhalten bliebe.“

Die feste Angst und Sorge um den Vater, die sie ans Haus fesselte und ihre Gedanken ausschließlich in Anspruch nahm, verdrängte ihr, was man sich auch in weiteren Kreisen heimlich und öffentlich zuzuräumen begann; denn es konnte nicht verbergen bleiben, daß Bruchhauen das Haus seiner Braut nieb.

Täglich kamen Bekannte, die sich nach dem Befinden des Schwerekranken erkundigten und ihre Teilnahme ausdrücken wollten. Wenn sie aber gehofft hatten, zu gleicher Zeit über das seltsame Fernbleiben Bruchhauens aufgeklärt zu werden, so lagen sie sich enttäuscht.

Brau Renatus und Ja empfingen keine Besuche. Und das Fruchthaus drach herein. Der Weisheitsrat erlag seinen Sorgen.

Unter diesem Schlage schwand alles vorangegangene Leid in ein Nichts zusammen. Die Trauer um den Verlust des geliebten Gatten und Vaters lastete in dampfer Schwere auf den tiefschmerzenden Familienmitgliedern.

Das Begräbnis war mit der Feiertlichkeit und dem Gepränge, das der hohe Stand des Verstorbenen mit sich brachte, erfolgt. Das Geolge war außerordentlich groß gewesen. Keiner aus dem engeren und weiteren Bekanntenkreise, keiner von den Verwandten aus nach und fern hatte gefehlt, außer einem: Bruchhauen. Der Bräutigam stand nicht an der Seite der Braut, als man ihren Vater zu Grab trug.

Das war genügend, und die Gemüter in Spannung und Aufregung zu versetzen. Niemand wagte weiter zu fragen oder auch nur anzudeuten, wie sich bei objektiver Betrachtung darstellen müssen, von den politischen, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Lasten der Saarfage, sie dulden aber aus durchsichtigen Gründen die irreführende, täuschende Propaganda, die in jeder Weise ausgenutzt ist.

Erst als das Begräbnis vorüber und die Angehörigen des Verstorbenen nach Hause zurückgekehrt waren, gab man seiner Verwunderung lauter Ausdruck. Da stand ja noch Bruchhauen, wie er immer war, wie die nächsten Freunde, mühten doch wissen, was vorgefallen war.

Königinnen schien nur auf den Anblick gewartet zu haben; er war von Bruchhauen und durch seine Braut auch von Ja war dem Schicksal worden, das Geheimnis zu lüften, und tat es. Die Braut hätte sich in ihren Charakteranlagen und Fähigkeiten mit ihrem Bräutigam nicht übereinstimmend gefühlt und daher das Verhältnis als ein nicht passendes gefaßt.

Das war alles, was man aus ihm herausbekam, und es war doch genug, um Aufsehen und Verwunderung zu erregen.

Man konnte nicht begreifen, wie ein Mädchen einen Mann wie Bruchhauen aufgeben konnte, um so sehr, als das Verhältnis zwischen den Bräutlingen von allen für ein inniges gehalten worden war. Ebenfalls waren die von Königinnen angegebenen Gründe nicht richtighaft genug; es mußten andere Dinge dahinter stehen; vielleicht auch die Lösung des Verlobnisses von Bruchhauen aus, und nur aus Ritzelbachs und Zartgeffs hatte er die Sache umgekehrt dargelegt. Die Frau ließ bei solchen

seiner Teilnahme als der nationalsozialistische preußische Landtagsabgeordnete. Solche ausgedehnte Tätigkeit hat am Sonntag im Schwurgerichtssaal des neuen Kriminalgerichts begonnen. Der Antrag zur Verurteilung ist außerordentlich groß, der Substranz ist bis auf den letzten Pfennig gefüllt. Staatsminister Dr. Franzen ist mit seinem Rechtsanwalt Dr. Sad erschienen. Unter den heute erschienenen Zeugen bemerkt man den Landwirt Gutz sowie den Polizeimeister Heinrich. Der Romanautor der Berliner Schützpost, Heimannsberg, ist ebenfalls geladen.

Nach Vereidung des Öffnungsbefehls gibt dann Minister Franzen eine Schilderung der Vorgänge vom 13. Oktober.

Er sagt aus: Der Telefonanruf der Polizeiwache habe ihr im Bayerischen Hof, wo auch Volke gewesen sei, erreicht. Auf der Polizeiwache habe er den Landwirt Gutz auch als solchen gleich erkannt. Es sei ihm bedeutet worden, daß der Festgenommene (Gutz) sich fällig auszuweisen habe. Es komme nur darauf an, ob er Volke sei oder nicht, dann würde er freigelassen werden.

Dazu habe er, Franzen, keine Erklärung abgegeben. Dann sei Polizeimeister Heinrich erschienen und habe angeordnet, dem Festgenommenen nach dem Polizeiprätorium zu bringen. Gutz sei in dem Augenblick des Aufnehmens seiner schweren Vorwürfe gemacht.

Darauf habe er einem Beamten mitgeteilt, daß es sich bei dem Festgenommenen selbstverständlich nicht um den Abgeordneten Volke, sondern um den ihm bekannten Landwirt Gutz handle, er habe das vor ihn vielen Leuten auf der Wache zu sagen nicht für richtig gehalten.

Auf dem Polizeiprätorium habe er dann Gutz als solchen legitimiert. Erst in Braunschweig habe er von der politischen Presse-Kampagne gegen ihn Kenntnis erlangt.

Die Lage der Eisenindustrie.

In der Eisenindustrie lagen in den letzten Monaten Binnen- und Außenmarkt gleichmäßig darnieder. Der überfällige Bedarf hält sich andauernd auf dem denkbar tiefsten Stande, und was Europa betrifft, so geht es der englischen Industrie kaum minder schlecht als der deutschen. Aber selbst auf Frankreich beginnt die Weltkrise, jetzt fähig zurückzuwirken, und seine Stahlherzeugung, die bisher immer noch über seine Quote bei der Internationalen Rohstoffgemeinschaft hinausging, dürfte neuerdings unter die herabgezunken sein. Man erwartet für die Sommermonate eine starke Drosselung der französischen wie auch der luxemburgischen und der landläufigen Erzeugung, wenn sie auch dem deutschen Produktionsausfall, der schon im April mehr als 220 000 Tonnen betrug, nicht entfiere nahe kommen wird.

Am Gegenlag zu den anderen Ländern ist die belgische Erzeugung in den Frühjahrsmonaten nicht unerheblich gesteigert worden, und hier liegt der Grund der gegenwärtigen Deroute des Weltmarktes. Ein wilder Konkurrenzkampf zwischen den Gruppen Providence und Dugres-Mariage, dessen Ziel ansehend die künftigen Beteiligungs-Affären bei der Internationalen Rohstoffgemeinschaft sind, hat zu dieser Erzeugungsteigerung geführt und zugleich eine bisher beispiellose Senkung der Preise mit sich gebracht.

Die Notierung für Stabeisen war in Brüssel am 17. Juni nahe an 3 Pfund 6 Schilling herabgegangen, und noch ist, wenn auch Hoovers Vorschlag einer Stimmungs-umflutung und eine Erhöhung der Preise um einige Schilling gebracht hat, ein Ende des Kampfes nicht abzusehen, weil die Erneuerung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft abersmals um einen Monat, bis zum 31. Juli, hat hinausgeschoben werden mußten. Die ungeliebte Quotenfestlegung scheint noch nicht völlig ins reine gebracht zu sein, neuerdings soll auch eine luxemburgische Gruppe Schwierigkeiten machen, und außerdem hat Belgien die Forderung auf einen wirksameren Gebietschutz gestellt.

Am 17. Juli soll die endgültige Entscheidung fallen, und der neue Vertrag, der in erster Linie die Ausfuhr kontingentiert und für Quotenüberbreitungen Strafen bis zu 15 Dollar die Tonne festsetzt, ist also fastlich so gut wie unmöglich macht, unter Dach gebracht werden. Er soll fünf Jahre laufen, wenn es innerhalb eines Jahres gelingt, neue Verkaufskontrollen meistens für Salzberg und Zinkerz zu schaffen. Solche Kontrollen und über sie hinaus feste Verkaufskontrollen sind eine alte deutsche Forderung. Die Belgier leisten ihr immer noch Widerstand, während Frankreich der Verhandelsseite sehr viel mehr Sympathie entgegenbringt und sich neuerdings sogar um die Gründung eines Stabeisenverbandes bemüht. Das Comité des Forges bezeichnet in seinem vor kurzem erhaltenen Jahresbericht die Delegation der Produktion und des Verkaufs als ein lebenswichtiges Problem für die europäische Eisenindustrie. Die Internationale Rohstoffgemeinschaft müsse sich auf entsprechende Inlandsorganisationen stützen können. An der Verlangung der Ende Juli abzulebenden Internationalen Waldarbeiterverbandes und der Neubildung eines Drahtarbeiterverbandes wird noch gearbeitet.

Diesen internationalen Hoffnungen auf vielleicht noch ferne Sicht entsprechen in Deutschland die auf eine Marktblähung durch die von dem Eingreifen Amerikas erwartete Milderung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Bisher lag der deutsche Binnenmarkt für Großindustrie trotzlos darnieder. Bei dem Verlangen fast aller Abnehmerindustrien leben die Werte seit längerer Zeit in den ihren Auftragsengängen nur noch von der Hand in den Mund. Die Betriebe warten, so hieß es in dem letzten Bericht des führenden Fachblattes, nach dem auf die Bestellung und können nicht über wenige Tage hinaus verfügen, weil sie laufend vom etwaigen Auftragsgang abhängen. Die Erzeugung von Rohstoffen hat im April den bisher tiefsten Stand erreicht und ist seither nur unbedeutend gestiegen, die von Rohstoff ist in den Frühjahrsmonaten auf den Durchschnittsstand des Winters geblieben, die Walzwerkleistung hingegen im Mai um ein Drittel in der Nachkriegszeit noch nicht erreichtes Mindestmaß geklungen. In den Sommermonaten werden die nach anfänglich gehobelteren Verhandlungen schließlich doch noch erteilten Aufträge der Comités auf 300 000 Tonnen Walzstahl, die in drei Monaten abgewickelt werden sollen, und die auf sieben Monate bemessenen zusätzlichen Aufträge der Reichsbahn für Schienen und dergleichen, die sich auf 280 000 Tonnen belaufen sollen, der stagnierenden Beschäftigung aufweisen, daß we nigstens neue Betriebs-einrichtungen und Arbeiterentlastungen ermieden werden können. Die Eisenindustrie wird aber genötigt sein, sowohl die ausländischen wie die inländischen Aufträge zunächst durch eigene Kreditmaßnahmen zu finanzieren. Immerhin liegt hier die erste Hoffnung auf Besserung gegenüber einem Stand der Dinge, von dem die bindenden Aufträge bei Hoehs und Hilde-Beine ein klares Bild geben.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 13. Juli 1931.

*** Wie wird das Wetter?** Die kühlen polaren Luftmassen, die während des Wintern, haben jetzt ganz Mitteleuropa überflutet. Die Temperaturen sind dabei durchschnittlich um 8 bis 10 Grad gesunken. Das Ziel, das bisher über Deutschland lag, hat sich nach Norden bis nach Danemark verlagert und erheblich vertieft. Zur Zeit herrscht in seinem Zentrum ein Luftdruck von unter 750 Millimeter. In ganz Deutschland kam es noch zu Niederschlägen, die besonders an der Küste sehr ergiebig waren. Das Ziel wandert langsam weiter nach Norden ab. Das Wetter wird sich daher bei langsamem Nachdrängen des südwestlichen Hochs allmählich bessern.

*** Starker Roggenverbrauch in unserer Provinz.** Daß in der Provinz Sachsen, einem Gebiet, in dem auch der Weizenbau an hervorragender Stelle steht, besonders viel Roggenbrat verbraucht wird, läßt sich zweifellos mit auf die wirkungsvolle Roggenpropaganda der vergangenen Zeit zurückführen. Nach der „Statistischen Korrespondenz“ vom 4. Juli 1931 wird in der Provinz Sachsen Roggenbrat mit 97—100 Hundertteilen Roggenmehl in 60—70-prozentiger Ausmahlung am meisten geteigert. Der Weizenanteil an diesem meisteigerten Brot ist verschwunden klein. Er beträgt nur 0,63 Prozent.

*** Gegen die Gerichthamer.** Man braucht in dieser Zeit keine besonders großen Ehren zu haben, um bei allen möglichen Gelegenheiten die verschiedensten Dinge muskeln zu hören. Bald soll diese oder jene Bank ihre Zahlungen eingestellt haben, bald ist von einer Straßenklatz die Rede mit launsovoliten Taten und Schwerelegkeiten. Dann wieder weiß man etwas von Ereignissen, die angelich dicht bevorstehen sollen und die Not im Lande noch vergrößern werden. Man kann vor solchen Gerichthamern gar nicht warnen. Sie ragen in der empfindlichsten Weise dazu bei, Verwirrung anzurichten, und können, wenn man ihnen nicht rechtzeitig einen Damm entgegensetzt, Katastrophen herbeiführen. Deutzutage kommt alles auf Befonnenheit an. Mit ruhigem Urteil und klarem Verstand sollen wir die Gegenwart meistern und der Zukunft entgegengehen.

*** Vorsicht beim Beeren sammeln!** In unserer beerenreichen Heimat ist das Beeren sammeln im Sommer eine Lieblingsbeschäftigung von Groß und Klein. Jedoch gibt es auch hier, besonders für Kinder, mancherlei Gefahren, auf die nicht einbringlich genug hingewiesen werden kann. Nicht nur, daß eine Reihe von Pflanzen und Sträuchern, deren Früchte die Kleinen zum Genuß verlocken, infolge ihrer Ungenießbarkeit aber gesundheitsgefährlich sind, häufig Unannehmlichkeiten hervorgerufen, man findet auch im Walde die Früchte verschiedener Giftpflanzen, die eben so giftig wie schön gefärbt sind. Vor allem gilt das für die Früchte der Nachtschattengewächse. An lichten Plätzen im Walde reift jetzt die Tollkirsche mit ihren wie saftige tiefschwarze Stielen aussehenden Früchten. Bekanntlich gehört die Tollkirsche zu den gefährlichsten Giftpflanzen. Sie ruft nach dem Genuß Vergiftungserscheinungen, wie Uebelwerden, Ohnmacht, Schwäche usw. hervor, die zum Tode führen können. Auch der schwarze Nachtschatten mit seinen heidelbeerartigen Früchten ist sehr gefährlich. Er geht auf ein Schuttpflanzen und auf Weiden. Neben ihm wächst das Wickenkraut, das mit seiner Kapselfrucht an den Wäldern erntet. Aber die Körner dieses Krautes enthalten ein starkes Gift, das beim Genuß auch kleinster Mengen den Tod zur Folge haben kann. Zwischen Himbeeren und Brombeeren im Gebüsch gedeiht der bitterliche Nachtschatten mit seinen länglich-roten Beeren. Im Walde selbst ist noch die Einbereere zu nennen, deren blaugewirte Frucht zwischen den vier Blättern sitzt und sehr verlockend aussieht. Giftpflanzen erkennt man am schärferen Geruch den man besonders beim Zerreiben der Blätter erkennt. Kindern sollte immer wieder gesagt werden, nur Beeren zu sammeln und zu essen, die sie kennen.

„Sei auch die Beere noch so schön, Kennst du sie nicht, so laß sie stehen“

Röfa. (Das verschundene Auto.) Am Mittwoch Nacht gegen 1 Uhr fuhr ein mit zwei Personen besetztes Auto von Schmiedal nach Röfa. Am Buiche links vor dem Dre Röfa saßen sie ein Auto im Hausweggraben liegen. Da es ihnen nicht geheimer vorkam, hielten sie an. Es regnete in Strömen. Beim Hinzutreten fanden sie einen Mercedes-Benzwagen im Graben liegend, von Personal aber keine Menschenlebe. Alles Rußen war vergebens und legte das Auto deshalb seine Reife fort. Als man am anderen Morgen in der Frühe hin kam, war aber der Benzwagen verschwunden, ohne eine Spur zu hinterlassen.

Jessen, 9. Juli. Vom Tode des Ertrinkens gerettet hat getren in den Abendstunden der Schüler Gustav Goldig ein zweijähriges Mädchen, das an den Nähten mit seinem etwa vier Jahre alten Schmeckelkind gespielt hatte. Beide waren offenbar abergeruht und ins Wasser gefallen. Während es gelang, das größere Mädchen noch vom Lande aus zu bergen, war das kleine Mädchen bereits eine ganze Strecke fortgetragen worden, als der Unglücksfall bemerkt wurde. Gustav Goldig, der bisher schon drei Kinder vor dem Ertrinken gerettet hat, sprang kurz entschlossen in die Schwärze Eister und brachte das bereits bestimmungslose Kind glücklich an Land. Die sofort angeforderten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Torgau, 10. Juli. (Hoppogarten kommt nach Gräditz.) Das Gräditzer Gefäß ist seit dem Siege des Derby-Werdes „Dionys“ in Hamburg-Dorn, das brutto 100 000 und netto 70 000 RM Wert eingebracht hat, in aller Wunde. Daß „Dionys“ nach Gräditz geht, ist debektiert, denn de facto ist „Dionys“ ein — Altseiber und nur durch die Entwidmung der Dinge nach Gräditz verschrieben. Wie überhaupt das preußische Gefäß Gräditz, an sich wohl das erste seiner Art und Leistung, in dieser Hinsicht ab Herbst dieses Jahres nach Ablauf der Kennfrist mit 30 Tieren nach Gräditz überföheln, wo außer ausgezeichneten Stalungen eine Sandbahn über 2400 Meter, eine Grabbahn

über 2200 Meter und eine etwa 1000 Meter messende sogenannte Gerade zur Verfügung steht.

Magdeburg fordert Ausgleich für die Auflösung der Reichsbahn-Direktion.

Magdeburg. Die bekannten Beschlüsse des Hauptausschusses des Reichstags und des Verkehrsministeriums des Reichstages haben die in Angriff genommene Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg nicht aufhalten können, der neue Oberbürgermeister Reuter hat darauf in einem Schreiben dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dormmüller Ausgleicheforderungen der Stadt Magdeburg im Sinne früherer Besprechungen mit der Reichsbahn unterbreitet, die Entgegenkommen zugeführt habe. An erster Stelle wird verlangt, daß nach dem Vorgange von Bremen ein Direktionsmitglied in Magdeburg belassen werde, um den Verkehr der Wirtschaftskreise des Bezirks mitten fünfzig für den Bezirk in Frage kommenden Direktoren zu fördern und zu vermitteln. Mit Nachdruck wird die Forderung erhoben, die hiesigen Wirtschaftskreise bei Reichsbahnaufträgen in gleicher Höhe wie bisher zu bedenken. Das Ausbesserungswerk Magdeburg-Salbe müßte umgebung in Magdeburg bleiben. Ebenso sollen die Beschäftigtenzahlungen weiter in Magdeburg stattfinden. Die Eingabe zählt schließlich noch eine Reihe von Verkehrsleistungen Magdeburgs auf, darunter auch die Elektrifizierung der Strecke Magdeburg—Halle.

Neue Entlassungen im Deunauer.

Merleburg. Am Zusammenhang mit der bekannten Lage auf dem Stickstoffmarkt sieht sich das Ammoniakwerk Merleburg, WTB-Handelsbetrieb zufolge, zur Entlassung von 150 Angestellten und 450 Arbeitern gezwungen.

Kunstaussstellung Burg Giebichenstein nach Chemnitz eingeladen.

Halle. Die Kunstgewerkschaft Burg Giebichenstein ist von der städtischen Textil- und Kunstgewerkschaft in Chemnitz aufgefordert worden, sich an einer dort geplanten Ausstellung zu beteiligen, die einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Kunsthandwerks in führenden deutschen Kunstgewerkschaften geben wird. Unsere Kunstgewerkschaft ist dabei, aus allen lokalen Material zusammenzufüllen, damit auch Halle wieder seinem Ruf entsprechend würdig vertreten ist. Die Ausstellung wird vom 19. Juli bis 30. August gezeigt werden.

Zusammenkünfte auf dem Schützenplatz.

Eilenburg. Während des Mitteldeutschen Bundeschießens, das dieser Tage hier stattfindet, kam es auf dem Schützenplatz zu einer Scharferei, da mehrere Festteilnehmer von Angehörigen der RPD, belästigt wurden. Die alarmierte Polizei trennte unter Anwendung des Gummihäufchens die Streitenden und stellte die Ruhe wieder her.

Der Tod bei der Paddelbohrer.

Burg. Die Obduktion der Leiche D o l e s ergab zweifellos, daß Dole an einem Herzschlag gestorben ist. Wahrscheinlich hat Dole mit Freunden gebadet, ist nach dem Herzschlag untergegangen und wurde zuerst nicht bemerkt. Inzwischen wurde Wasserpenning noch einmal vernommen. Er schildert die Ereignisse nun so, wie sie sich nach den Zeugnisaussagen abgespielt haben. Er gibt an, daß er, Dole, sich in Wasserpenning und Dole, der Freund seiner Schwester, mit dem Boot herumtrieben, von dem Platz, wo er mit Bekannten badete, verschwunden sei. Er und Dole hätten sofort nach Dole gesucht, ihn aber nicht mehr gefunden. Sie seien dann mit dem Boot zurückgefahren und hätten immerhin Ausschau nach Dole gehalten.

Wirtschaftsverband Mitteldeutschland verlangt Aufhebung des Steuerprivilegs der öffentlichen Hand.

Halle. Das Präsidium des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland, in dem Bergbau, Industrie, Handel, Handwerk sowie Land- und Forstwirtschaft der Provinz Sachsen, der Länder Thüringen und Anhalt des norddeutschen Teiles des Freistaates Sachsen vertreten sind, wendet sich mit einer Entschiedenheit an Reichsregierung und Reichstag, in der er die dringende Bitte ausspricht, daß die Aufhebung des Steuerprivilegs der privatwirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand mit aller Beschleunigung beschlossen und durchgeführt wird.

Die Gründe, die abgesehen von der Finanznot des Reiches, die Aufhebung dieses Privilegs dringend geboten erscheinen lassen (Verhinderung der Rentabilität, unzulässige Konkurrenz der Privatwirtschaft gegenüber, steuerliche Ungleichheit unter den einzelnen öffentlich-rechtlichen Körperschaften), seien allgemein bekannt und können ersichtlich nicht bestritten werden. Ein scharfer Hinweis war, so heißt es in der Entschiedenheit in Mitteldeutschland, der Plan, die

Am 72. Geburtstag tödlich verunglückt.

Borna. An ihrem 72. Geburtstag tödlich verunglückt ist auf der Staatsstraße zwischen Borna und Lobditz die Rentnerin Pauline F ä n g l e r aus Lobditz. Sie war mit einem Handwagen nach Lobditz unterwegs. In ihrer Begleitung befand sich eine zweite ältere Frau, die ebenfalls einen Handwagen zog, und zwar benutzten beide vorzugsweise die linke Straßenseite. Rüstig bog Frau F ä n g l e r nach rechts über die Straße ab, um die rechte Straßenseite zu gewinnen. Dabei wurde sie von einem nach Lobditz fahrenden Personentransportwagen erfasst und zur Seite geschleudert und tödlich verletzt.

Hilfe für die Ununtergeschuldenen.

Schwarzberg. An einer Vorstandssitzung des Vry-geburtsvereins wurden Hilfsmaßnahmen für die Ununtergeschuldeten im Schwarzwalderkreis beraten. Der Vorstand stellte eine Summe von 500 Mark zur Verfügung und richtete an die 162 Zweigvereine die Bitte, unter den Mitgliedern Sammlungen zur Verringerung der Not durchzuführen.

Schicksalsstück. Hier wollte ein Diertrafffahrer der 1. Kompagnie der Kraftfahrabteilung II mit seinem Motorrad einer Kadaverbrunnen ausweichen, stürzte doch dabei in den Straßengraben. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er bald darauf im Standortlazarett erlag.

Mit dem gestohlenen Motorrad in den Tod.

Leipzig. An der Freitagnacht stahlen in Leipzig-Eilenburg zwei Männer ein vor dem Gerichthaus gestohlenen Motorrad und fuhren damit in schnellem Tempo davon. Der Fahrer verlor die Gewalt über das Rad und fuhr mit aller Wucht gegen eine Wand. Beide Männer erlitten bei dem Sturz so schwere Verletzungen, daß der eine auf dem Transporter, der andere kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus erlag. Die Personalien der Toten konnten noch nicht festgestellt werden, da sie keinerlei Papiere bei sich hatten.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften
lieferet frei Haus Richard Arnold.

Landtagsanfrage um die Zigarettenbanderolen.
Dresden. Von staatsparteilicher Seite ist dem Landtag eine Anfrage gegan-gen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Zigarettenfabriken trotz dringender rechtzeitiger Beseitigungen beim Finanzamt nicht die notwendigen Steuerzettel erhalten könnten und zum Teil, da sie nur knapp 11 Prozent der benötigten Bänderolen erhielten, trotz vorliegender Arbeitsaufträge Entlassungen in großen Umfange vornehmen müßten. Durch dieses groteske Verhalten der Reichsbehörden werde die heimische Zigarettenindustrie zu Gunsten der ausländischen aufs Schwerste benachteiligt und diese tatsächlich vor einer Katastrophe. Die Regierung wird um schnelle Abhilfe erlucht.

Erwerbsloshaltung macht Fortschritte.
Dresden. Die Landesstelle für Erwerbsloshaltung beim Ministerium für Volksbildung teilt mit, daß trotz der schwebenden Hemmnisse und Schwierigkeiten des Erwerbsloshaltungswerk in den letzten Monaten eine erfreuliche Ausdehnung genommen hat. Dresden hat dem Umfang nach die erfolgreichste Arbeit auf dem Gebiet der Erwerbsloshaltung zu verzeichnen. In den Sommermonaten sollen in erster Linie berufsunfähige Lehrlinge zur Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse, Gartenbaukurse, Wandertageszeiten usw. durchgeführt werden.

Auftrag der Gewandhaus-Konzertdirektion.
Leipzig. Nachdem eine Staatsunterstützung für das Gewandhaus durch den Sächsischen Landtag abgelehnt worden ist, wendet sich die Gewandhauskonzertdirektion mit einem Auftrag an die Leipziger Bevölkerung zum Anrechtsbezug für den kommenden Jubiläumswinter. An dem Auftrag verweist sie auf die überaus großen Erfolge, die das Gewandhausorchester unter seinem Dirigenten Bruno Walter auf seiner jüngsten Konzertreise zum Ruhme Leipzigs als Musikstadt errungen hat, und fährt dann fort:

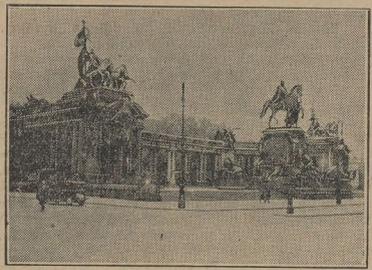
Wenn auch für den nächsten Jubiläumswinter durch Entgegenkommen der Stadt und durch planvolle wirtschaftliche Maßnahmen eine Fortführung der Konzerte gesichert ist, so ist doch an eine Durchführung des aufgestellten Programms nur dann zu denken, wenn die Bürgererschaft die Anstrengungen der Gewandhaus-Konzertdirektion unterstützt und sich nun auch ihrerseits der hohen kulturellen Bedeutung und Aufgabe des Gewandhauses aufs neue bemußt werde und wenn sie alles daransetzt, das Institut weiterhin zu erhalten.

Im Hinblick auf das 150jährige Bestehen der Gewandhauskonzerte — am 25. November 1931 — wird die Spiel-die der Monate Oktober, November, Dezember besonders eifrig gefordert sein und mit dem Leitwort „Gebet Eure deutschen Weiber“ sich zu einer Manifestation deutscher Alter und neuer Musik unter der Leitung von Bruno Walter und Karl Straube erheben, die in der zweiten Hälfte des Jahres durch zwei Konzerte unter Hermann Abendorn im Gewandhaus (mit seinem Kammerorchester) ergänzt, zum Schluß in Beethoven's Reuter Symphonie — mit der diesjährigen Belegung der Solostimmen — ihre Krönung finden soll.

Tödliche Gasvergiftung. In der Kanistraße in Berlin verlor infolge Streitigkeiten mit ihrem Gatten die 47-jährige Ehefrau Floide ihrem Leben ein Ende zu machen. Sie drehte den Gashahn in der Küche auf, wobei ihr eifriger Sohn Gerhard, der dort schlief, vergiftet wurde. Die Frau selbst kam mit dem Leben davon.

Sechs Gebäude durch Großfeuer vernichtet. Ein Großfeuer wütete im Dorf Zwönitz bei Böhmig an der Elbe, dem sechs Gebäude zum Opfer fielen. Das Feuer brach in einer Scheune aus und verdrängte sich dann, angefaßt durch den herrschenden Sturm, mit rasender Schnelligkeit über anliegende Höfe und Scheunen aus. Es wird Brandstiftung vermutet.

Reinhold Begas.
 1831 — 15. Juli — 1931.
 Die Maler in von jeher das Zentrum der Malerei war, so hat sich Berlin als die Stadt der bedeutendsten Maler durchgesetzt, und viele öffentliche Denkmäler sind Zeugen dieser Kunst. Dem großen Schöpfer folgte der berühmte Rauch, und unter Rauchs Schülern nimmt Reinhold Begas, der am 15. Juli 1831 als drittes Kind des Malers Karl Begas geboren wurde, eine Sonderstellung ein.
 Wenn Begas später Rauchs Schüler wurde, so hat er sich als schaffender Künstler gänzlich von Rauchs Einfluß befreit, um eigene bahnbrechende Wege zu gehen. Den Künstlern gerecht zu würdigen, muß man auf seine Werke



Das National-Denkmal in Berlin.

eingehen. Ein ganz großer Wurf war das Schillerdenkmal vor dem Schauspielhaus in Berlin. Der Kopf Schillers zeigt tühne Energie vermischt mit Spuren des Leidens, und die vier Sockelfiguren Lyrik, Drama, Geschichte und Philosophie sind von einer außerordentlich charaktervollen Symbolik, wie man sie bis dahin in der Denkmalkunst kaum angetroffen.

Eine sehr schöne, lebhaft bewegte Schöpfung Reinhold Begas' ist der bekannte Sockelbauwerk in Berlin, ein Monumentalbrunnen, der Reputa darstellt in Gesellschaft allegorischer Figuren und allerlei Geesterters. Es lebt etwas von dem grotesken Humor Böcklins in diesem Werk.

Den Höhepunkt seines Künstlerturnes bildete das große Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. vor dem Berliner Schloß. Der künstlerische Wert des Denkmals ist leinzeit sehr umstritten worden, aber zum Teil sprach dabei der Reiz über den lobenden Auftrag mit, der hier Begas zugefallen war. Man muß aber anerkennen, daß dem Auftrag entsprechend dieses Nationaldenkmal an repräsentativer Prachtentfaltung nichts zu wünschen übrig läßt. Die Wirkung des Denkmals mit seinen beinahe 50 Nebenfiguren und 157 Tieren ist imposant.

Weiter seien noch genannt die Denkmäler der beiden Humboldts, das Bismardenkmal vorm Reichstagsgebäude, Büsten von Wolke, Bismard und Menzel, zwei herrliche Gruppen vor dem Badepavillon Schlachhof und seine schönen Plakette klassischer Sagenentfaltung.

Begas, der im Alter von 80 Jahren am 3. August 1911 in Berlin gestorben ist, gehört zu den fruchtbarsten Künstlern des 19. Jahrhunderts und wird mit Recht in die Reihe der genialen Künstler eingereiht.

Raubüberfall bei Köln. In Pongersch wurde eine 52jährige Frau aus Köln von zwei Männern überfallen und beraubt. Die Frau fuhr mit ihrer 23jährigen Tochter im Kraftwagen zu einer Baustelle in Pongersch, um dort Lehngeländer in Höhe von 3500 Mark abzuliefern. Als sie im Begriff war, an der Baustelle den Wagen zu verlassen, stürzten zwei Männer, die dunkle Anoraktrüger, mit dem Ruf „Hände hoch!“ auf sie zu. Die Männer bedrohten die Frau mit der Schußwaffe und raubten den gesamten Lohnbetrag, der sich im Koffer in einer Kofferkiste befand. Der Kraftwagenführer und der hinzutommende Ehemann der Frau wurden ebenfalls gemeldet, die Hände hochgehoben. Die beiden Täter gaben mehrere Schüsse ab und flüchteten dann in einem bereitstehenden Kraftwagen in der Richtung nach Köln.

Kasauto fährt in den Rhein. Bei dem rheinisch-österr. Ort Gimbshem ereignete sich ein furchtbarer Unglücksfall. Ein Kasauto aus der Umgegend war an den Rhein gefahren, um Kies zu laden. Auf dem Wagen befanden sich acht Jungen, die zu ihrem Vergnügen mitgefahren waren. Als der Wagen beladen war und der Chauffeur den Motor anwerfen wollte, rollte das Kasauto rückwärts in den Rhein. Fünf Jungen, die die Gefahr bemerkt hatten, konnten sich durch Abspringen retten, drei dagegen wurden in die Tiefe gezogen und ertranken. Der Kasauto liegt auf dem Grund des Rheins an einer sehr tiefen Stelle, so daß es schwerfallen wird, ihn zu bergen. Auf die Leichen der Kinder konnten noch nicht gefunden werden.

Serien zu Hause.
 Das Reisen war schon zu früheren Zeiten eine besondere Vergnügung — wie heißt es doch imiede: „Dem Gott will rechte Günst erweisen, den schickt er in die weite Welt“ — und ist es auch heute, zumal die Zahl derjenigen, die überhaupt noch reisen können, immer mehr zusammengezogen ist. Mancher, der noch im vorigen Jahre in seinem Urlaub auf Reisen gehen konnte, wurde durch das Schicksal in die Arme der Erwerbslosen eingereiht, deren Soldaten froh sind, wenn sie nur ausreichend zum Leben haben. Es scheint, daß die hinter uns liegende gute Zeit das Reisen zu einer Gewohnheit und Selbstverständlichkeit gemacht hat und daß jetzt zwingend das Gebot auch hier lautet: Umlernen! Und umlernen muß auch der, der viel reisen in Vorbereitung darüber, daß er nicht reisen kann, gegen sein unguates Geschick ankämpfen und aufbegehrt hat. Man muß sich — einmal die Zeit, die auch nicht mit dem Alltagssticht sieht und deshalb überflüssig, mit liebevollen Augen und in Würde zu betrachten; wie offenbar ist unbekanntes Schöneheiten! Einmal Straßen der Stadt langsam durchwandern, die man noch nie gegangen ist, obwohl die langen Jahre einem Zeit dazu gelassen hätten, einmal so tun, als wäre man fremd am Ort — ist das nicht interessant und anregend? Da lernt man erst seine Heimat kennen. So schlimm ist's ja auch nicht, wenn man nicht weit fortziehen kann, viel davon ist Einbildung. Die Sonne bräunt einen am Irgeirgendes Wassers genau so gut wie am Obod; der Trubel der großen Städte ist international und ist in Berlin um kein Haar anders als beispielsweise in Genau; schöne Strandbäume sieht man auch im einheimischen Familienbad, ohne daß man nach Deutlich reisen muß; alte Künstler der Hauptstadt kann der Kunstbühnen jeder Tag hören hören, ohne nach dem Ausland fahren zu müssen usw. usw.

Dienstag abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde
 im Bürgeraal.
 Prediger Westermann-Wittenberg.
 Hierzu wird herzlich eingeladen.

Neue Kartoffeln
 verkauft
Paul Hubn, Leipziger Neumarkt 8
Neuer Sauerkohl
 frisch eingetroffen
Richard Tempelhof
Neuen Sauerkohl
 empfiehlt **Rudolf Hubn.**
Neue Kartoffeln und Bienenhonig
 hat zu verkaufen
P. Nitzsche, Burgstraße 14

Pferde- und Auto-Lotterie
 Straßgebühren
Stellung nächste Woche
 Einzel-Los 1 M.
 Doppelt-Los 2 M.
 Schenke-Lose, die in der Verziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Rücksichtigung auch für die Vermögensziehung gültig.
 Lose sind noch erhältlich bei
Richard Arnold, Buchhandlung

Billig! Billig!
 Täglich frisch aus erster Hand:
Wirsingkohl
Weißkohl
Mohrrüben
Schoten
Grüne Bohne
Gurken

Neue Kartoffeln, blaue
 empfiehlt
Hermann Leue, Gärtner
Herbalin
 zur radikalen
Unkrautverteilung
 empfiehlt **J. G. Glaubig**
Kuchen- u. Einmach-

Kirschen
 empfiehlt
Schreiber, Dübener Straße 20
Garten-Sauerkirschen
 gibt laufend ab
Meier, Dübener Straße 9
Rucksäcke
 in allen Größen
 empfiehlt **J. G. Glaubig**
Kaufe Quark
 frisch und trocken, ausgepreßt, zur Käsebereitung und jedes Quantum
Blaubeeren u. Pilze
 verkaufe auch billigen **Kohlrabi**
Sampet :: Reuden

Prima ferniges
Rind- und Hammelfleisch
 frische Flecke
 empfiehlt
Richard Kaufmann Nachf.
 Inh. Heinrich Schreiber

Frisches
Hammelfleisch
 frische Leber u. Flecke
 empfiehlt **Ewald Ballmann**
Frisches
Hammelfleisch
 empfiehlt **Ernst Bachmann**

Frisches fettes
Hammelfleisch
 empfiehlt **Will Nitz**
Frisches
Rind- und Hammelfleisch
 empfiehlt **Louis Richter**
Dienstag früh 7 Uhr
Speckfuchen
 bei **Ernst Berndt**
Wohnung
 mit kleiner Werkstatz sofort oder 1. 8. 31 gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle d. B. erboten.

EINLADUNG
Am Sonntag, den 19. Juli 1931 feiern wir
 unter
67jähriges Stiftungsfest
 verbunden mit dem
Unterbezirks-Turnfest
 Wir laden die geehrte Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zu zahlreichem Besuch herzlich ein.
 Die Bezirksleitung **Männer-Turn-Verein Kemberg**

Fliegenfänger
 wieder vorrätig bei **Rich. Arnold**
Kinder-Spielanzüge
Wochenend-Schürzen u. -Kleide
 vorgezeichnet, angefangen, fertig gestickt und fertig genäht empfiehlt in allen Größen, weiß und farbig
Richard Arnold :: Kemberg
 Markt 3 . . . Markt 3



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Kapitalseite Postfreie oder deren Raum 15 Pfg., die Kapitalseite Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezüge unbedingt gesichert oder durch Spezialvertrag ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 82

Dienstag, den 14. Juli 1931

33. Jahrg.

Deutsche Tageschau.

Leipzig zahlt keine Wolsfahrtsunterstützung.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig teilt mit, daß die aus der zweiten Motorordnung angeforderten Mittel noch nicht zu fließen begonnen hätten. Es bleibe nichts übrig, als alle Zahlungen zurückzustellen und nur noch die für Folge-Unterstützungen auszugeben. Auch das könne mangels Mitteln nicht mehr in voller Höhe geschehen. Einmalige Unterstütlungen können vorläufig überhaupt nicht mehr bewilligt werden. Auch die Auszahlung in vermindelter Höhe ist nur dann gestattet, wenn umgehend Reich oder Staat dem Bezirksverband größere Beihilfen genehmigen.

Die Vorgänge an der Münchener Universität.

Der Akademische Senat der Universität München gibt folgende Erklärung ab: Die Ermittlungen des vom Senat eingeleiteten Ausschusses haben ergeben, daß Herr Professor Romy nicht für seinen Ausfall in der Vorlesung vom 23. Juni den Frieden von Versailles weder billigen wollte noch gebilligt hat. Die von ihm gewählte Form der Äußerung war allerdings der Möglichkeit einer Mißdeutung in dieser Richtung ausgesetzt. Eine eingehende Würdigung des Sachverhalts ist vom Senat auf Antrag des Ministeriums diesem vorgelegt worden.

Kommunistische Kundgebung in Köln.

Etwa zehn bis zwölf Leute erschienen vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Köln. Richtig war ein Mann, der ein Fahrad bei sich führte, einen faultroßen Stein gegen ein Fenster des Konsulatsgebäudes, das zertrümmert wurde. Durch Glasplitter wurde ein Konsulatsbeamter leicht verletzt. Unter Anführung einer Frau rief dann die Gruppe: „Nieder mit Amterlat! Gebt die Regier frei!“ Das sofort herbeigerufene Ueberfallkommando konnte keinen der Beteiligten fassen, da alle sofort die Flucht in die Umkleidkabine ergriffen.

Arbeitszeiterfassung in Oberschlesien.

Nachdem die oberste schlesische Montanindustrie an die Angestelltenverträge mit dem Vorschlag der Arbeitszeiterfassung für die Angestellten bei entsprechendem Gehaltsabbau herangetreten ist, hat jetzt auch die Metallindustrie einen ähnlichen Schritt unternommen. Wie verlautet, ist die Einführung der 40-Stunden-Woche beabsichtigt. Die Angestelltenverbände dürften einer Regelung zustimmen, wenn sich der Gehaltsabbau in mäßigen Grenzen bewegt.

Die politischen Forderungen.

England lenkt ein.

London, 12. Juli.

Der „Daily Herald“, der offenbar mit Schreden gefasert hat, daß seine Forderungen auf Einstellung der deutschen Kriegsschiffbauten und auf Verzicht der österreichisch-deutschen Zollunion die Brüning-Regierung auf schwerste Schwierigkeiten verurteilt, sucht nun in einem Leitartikel, sich aus der schwierigen Lage wieder herauszuwinden, ohne allerdings die Forderungen grundmäßig aufzugeben.

Mit allem Nachdruck wolle er sagen, daß sein Vorschlag in keiner Weise die französische Forderung unterläßt, das Gegenteil sei der Fall.

Einen Versuch, die gegenwärtige Krise entweder zur Erpressung von politischen Zugaben oder zum Diktieren von Bedingungen auszunützen, betrachte er als abföhrlich und zwecklos.

Deutschland mülte frei von jedem Zwange sein, aber, so folgert nun der „Daily Herald“, in der bekannten Art der Engländer, gerade deswegen erlaube er Deutschland, von einem der folgenden Rechte der Freiheit Gebrauch zu machen und freiwillige Dienste zum Besten der Allgemeinheit zu leisten.

Sich zu weigern, ein Opfer zu bringen, sei kein Beweis politischer Freiheit, sondern ein Eingeständnis geistiger Sklaverei (!). Deutschland habe jetzt Gelegenheit zu einer stolzen Geste, die sich mit seiner Stellung wohl vereinbaren läßt.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die englische Regierung nicht versucht habe, irgendwelche politischen Bedingungen zu stellen, die von Deutschland als Voraussetzung für eine finanzielle Hilfe erfüllt werden müßten.

Sie habe vielmehr, als das von anderer Seite gefordert worden sei, energisch abgelehnt, wie es auch von Amerika geschehen sei.

London habe auf Berlin keinen politischen Druck ausgeübt, aber wenn Berlin aus eigenem freien Willen während des Hooverjahres gewisse Ausgaben für die Flotte und den Abschluß des österreichisch-deutschen Zollabkommens zurückstellen würde, so würde eine solche Geste willkommen geheißen werden, weil sie ein allgemeines europäisches Abkommen erleichtern würde.

Die Berliner Korrespondenten der Londoner Zeitungen sowie Reuter legen ausführlich die Gründe dar, die von amtlicher deutscher Seite gegeben werden, um zu beweisen, daß die Brüning-Regierung diese politischen Forderungen nicht annehmen könne.

Sie betonen durchweg, daß das den Selbstmord der deutschen Regierung bedeuten würde.

Beidezeitig aber denken sie an, daß man in Berlin nachgeben wolle. Man könne sich denken, so sagt der „Times“-Korrespondent, daß im Falle einer günstigen Entscheidung des Haager Gerichts der Vorschlag der Zollunion nicht weiter energisch verfolgt werde, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Europa einen bestimmten Kurs nehme.

Pariser Presse zu Luthers Besuch.

Die Pariser Presse widmet den Besprechungen Dr. Luthers eine Aufmerksamkeit, wie nur bei ganz großen Ereignissen. Unter Ueberstrichungen wie „Deutschland fordert 25 bis 30 Milliarden“ oder „Dr. Luther lücht fieberhaft nach Krediten“, weisen die Blätter darauf hin, daß der Augenblick für Frankreich gesamt sei, positive Garantien von Deutschland zu verlangen.

Diese Garantien, die sich im wesentlichen auf die Einstellung des Danzentreuevertrages und den Verzicht auf das Zollabkommen beziehen sollen, werden vom „Paris Soir“ noch dahin erweitert, daß man von Deutschland auch den Verzicht eines Mikrocenos verlangen müsse. Man ist in höchsten französischen Kreisen allgemein der Auffassung, daß Flandin die Unterfertigung durch Frankreich unbedingt von diesen Garantien abhängig machen werde.

Der „Temps“ widmet der Besprechung der deutschen Finanzlage einen längeren Artikel. Er schreibt u. a. Deutschland sei allein für seine schiedliche Finanzlage verantwortlich. Es habe von jeher über seine Mittel gelobt und befinde sich nun vor dem Bankerott. Ein großer Teil von Verantwortung falle aber auch den Reichsregieren in Deutschland zu, die durch ihre Propaganda jedes Vertrauen untergraben hätten. Ihr Verhalten habe dem Kredit Deutschlands in der Welt weh getan, als alle auf wirtschaftlichem und logischem Gebiet begangenen Fehler.

Der „Paris Soir“ betont, daß augenblicklich ein Finanzmann im Namen des Reiches spreche. Von Dr. Brüning hänge jedoch die Antwort ab, die die französische Regierung erteilen werde.

200 Millionen Dollar aus Amerika.

Die anfänglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Federal Reserve Bank und den amerikanischen Mitgliedsbanken über die Beteiligung an dem der Reichsbank zu gewährenden Kredit sind, wie es scheint, durch ein Kompromiß beigelegt worden.

Das „Journal of Commerce“ erzählt aus auf unterrichteter Quelle, daß die Federal Reserve Bank New York sich mit einem Betrag von mehr als 200 Millionen Dollar (über 840 Millionen Mark) an einem internationalen Sechsmontatskredit beteiligen will. Die Mitgliedsbanken, denen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verpflichtet, die Dauer dieses Kredits seine Kündigung vorzunehmen.

Die Banken waren die gleiche Verpflichtung eingegangen, als die Reichsbank den hundertmillionen-Dollarkredit erhielt. Die getriggen Besprechungen der führenden New Yorker Bankiers, an denen auch Owen Young teilnahm, fanden in den Räumen der Morgan-Bank statt.

Frankreichs Anleihe-Bedingungen.

Aus wirtschaftlichen Kreisen, die der Bank von Frankreich nahestehen, verlautet auf das bestimmteste, daß in London und Paris folgender Plan für die finanzielle Um-

Unterstützungsausfluß des Europaausflusses. Immerhin sind Millionen in außereuropäischer Beziehung, zu denen wir ja jeder vielfach neigen, gänzlich unangebracht. Wenn politische Forderungen angemeldet werden, so kommen sie jedenfalls nicht nur aus Paris, sondern auch aus London; und es ist festzustellen, daß die englische Regierung logar den Vortritt gemacht hat. Man hat sich aber in Paris und London liberlich keine entsprechenden Vorstellungen über die internationalen Schwierigkeiten gemacht, die dem Kabinett Brüning entstehen müßten. Wenn man also, wie vielfach erklärt, den Status quo in Deutschland erhalten sehen will, wird man die politischen Forderungen ganz erheblich zurückzuziehen müssen. Es gibt Grenzen, über die auch ein Brüning nicht hinwegzubreiten kann. Der Londoner Rat, daß Deutschland freiwillig Konzessionen machen möge, wirkt auch nicht überzeugend, da der Druck so stark geworden ist, daß die Freiwilligkeit schlimmer anmutet, als brutaler Zwang.

Gegen Ueberretirungen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hat auf seiner Rückreise in Köln folgende Erklärung abgegeben: Ich habe während des Fluges von Paris nach Köln in einem Teil der Presse phantastische Zahlen gelesen, die ich auf Kredit- oder Anleihebewilligungen in London und Paris geduldet haben soll. Die missgebungen ausländischen Veröffentlichungen, mit denen ich gesprochen habe, werden darüber nicht weniger erstaunt gewesen sein als ich, da sie genau wissen, daß ich mich mit meinen Darlegungen in einfachen, alle Ueberretirungen vermeidenden Gedankengängen gehalten habe, und daß ich gar nicht daran denke, einer Kreditinflation das Wort zu reden.

Worauf es für Deutschland jetzt ankommt, ist lediglich die Wiederherstellung einer festen und richtigen Grundlage. Die phantastischen und irreführenden Zahlen, welche dadurch entstanden zu sein, daß verächtliche Zeitungsvorläufer, die als redaktionelle oder private Aufschünger in einzelnen Zeitungen erschienen sind, und an deren Addition niemand in Deutschland gedacht, in einem Teil der ausländischen Presse wieder in Berlin.

Luther wieder in Berlin.

Reichsbankpräsident Dr. Luther traf im Flugzeug von Paris kommend, um 16.40 Uhr an dem Flughafen Tempelhof ein. Das Flugzeug war gegenüber dem Flughafen um etwa eine halbe Stunde zu früh angekommen. Dr. Luthers wurde auf dem Flughafen lediglich von seinen Privatsekretär empfangen und begab sich sofort im Kraftwagen zu den angelegten Ministerbesprechungen.

Ein Dementi Stimson's.

Rom, 11. Juli.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, der gegenwärtig in Rom weil, legt Wert auf die Feststellung, daß die von einer ausländischen Zeitung gebrachte Nachricht, er bekräftige eine Vertagung der Abrüstungskonferenz, sehr Grundlos entbehrt. Die Regierung der Vereinigten Staaten bewilligt keinen Aufschub dieser Konferenz. An den Arbeiten der Konferenz werde Amerika selbstverständlich teilnehmen.

Gleichzeitig wird die amerikanische Note an den Völkern bekannt, mit der Amerika die Einladung zur Abrüstungskonferenz offiziell angenommen hat. In dieser Note heißt es: „Die amerikanische Regierung nimmt mit großer Befriedigung die Einladung an. Sie beglückwünscht sich bei dieser Gelegenheit mit den anderen Nationen mitzuarbeiten an einer gemeinsamen Anstrengung, um die Drohung zu vermindern, und die Welt der Kälte zu erleichtern, die über der Welt lagern.“

Sachverständigen bereits einberufen.

London, 11. Juli.

Das britische Auswärtige Amt hat loben die Einladungen an die hauptsächlich im Youngplan interessierten Mächte zu der Konferenz in London gelandt, die Freitag nächster Woche um 11 Uhr im Schacham beginnt. Die Einladungen sind an Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Deutschland ergangen. Wie weiter mitgeteilt wird, hat das britische Schacham der B33 mitgeteilt, daß es auf die am 15. Juli fällige Teilsumme der Leistungen und ungehörigen Annuität verzichtet. Hiermit hat Großbritannien den Hooverplan offiziell in Kraft gesetzt.

Das Arbeitsprogramm der B33.

Boel, 11. Juli.

Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, der am Montag in Anwesenheit der Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers seine Verhandlungen be- ginnen wird, wird sich vor allem mit der Frage des Darlehnensfonds beschäftigen. Ferner hat der Verwaltungsrat über die Schaffung eines Fonds zu beraten, aus dem tiefen Staaten Kredite gewährt werden sollen, die durch die Antrittsfolge des Hoover-Plans allzu stark betroffen werden. Auch mit der Finanzlage Österreichs und Ungarns wird sich der Verwaltungsrat beschäftigen.

